

ENTSCHLIESSUNGSA NTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde

betreffend Klares Nein des Umweltministers zu Schweizer Endlager für Atommüll

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 720/A(E) der Abgeordneten Karlheinz Kopf, Klaus Wittauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend die weitere Vorgangsweise Österreichs zum Entsorgungsnachweis hinsichtlich der Endlagerung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle in der Schweiz (1175 d.B.)

Die Schweiz plant die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle. Neben dem Erbringen eines vom schweizerischen Bundesrat geforderten Entsorgungsnachweises (Nachweis, dass die langfristige und sichere Beseitigung dieser Abfälle in der Schweiz möglich ist) hat auch die Suche einem Standort für den Atommüll begonnen. Ein möglicher Ort für das atomares Endlager ist Benken in unmittelbarer Nähe von Schaffhausen und somit nicht weit von Vorarlberg entfernt. In Benken wurde bereits eine Sondierbohrung vorgenommen. Das gelagerte Material müsste mindestens 100.000 Jahre sicher lagern. Es liegt auf der Hand, dass es für die Endlagerung radioaktiver Abfälle keine generelle Sicherheitsgarantie geben kann. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist aus deshalb der einzig gangbare Weg. Trotzdem bringen Bundesregierung und Umweltminister kein klares Nein zum geplanten Atomlager über die Lippen. Sie ignorieren damit auch die Position der Vorarlberger ÖVP, die gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Vorarlberger Landtag per Resolutionsantrag Anfang Dezember ein klares Nein zum Atommüll-Lager beschließen werden, wie dies auch in diesem Antrag formuliert ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSA NTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden dringend aufgefordert

- sich dafür einzusetzen, dass Österreich und insbesondere Vorarlberg im Begutachtungsverfahren über das geplante Endlager für radioaktive Abfälle in Benken/Schaffhausen tatsächlich volle Parteistellung analog zu den schweizerischen und deutschen Behörden erhält;
- bei den Schweizer Regierungsstellen für ein klares Nein zu einem – nur 100 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt gelegenen – atomaren Endlager einzutreten, für das es keine generelle Sicherheitsgarantie geben kann und in diesem Zusammenhang die Anti-Atom-Position Österreichs hervorzuheben, um damit deutlich zu machen, dass der Ausstieg aus der Kernenergie der einzig gangbare Weg ist.